

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21

Charlottenburg, Freitag, den 26. Mai 1916

Jahrg. 43

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 8. bis 13. Mai haben keine Berichte eingesandt:

Freienorla, Hornberg, Kleindembach, Langenau, Mengersgereuth, Schmiedefeld, Tettau.

Das Verbandsbüro.

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer.

Mit dieser Nummer (21) der „Ameise“ erhalten die Zahlstellenkassierer die statistische (graue) Karte für die monatliche Arbeitslosenzählung. Als Stichtag gilt der 27. Mai. An diesem Tage sind die Karten auszufüllen und möglichst sofort, spätestens am 3. Juni, an das Verbandsbüro einzuliefern. Um Mahnungen zu vermeiden, werden die Kassierer ersucht, die vorstehend angegebenen Daten zu beachten und die Karte pünktlich abzusenden.

Das Verbandsbüro.

Letztlicher Schutz für die weibliche und jugendliche Arbeitskraft.

Die stark gesteigerte Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß macht eine Erweiterung des geltenden gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugendschutzes dringend notwendig.

Die Gesundheit der Arbeitenden und der kommenden Generation, die Rücksichtnahme auf die geistig-sittliche Entwicklungsmöglichkeit der heranwachsenden Jugend, auf das Kulturbedürfnis der Erwachsenen und deren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Pflichtenkreis, und nicht zuletzt das Gesamtinteresse der Gesellschaft an dem Gedeihen ihrer einzelnen Mitglieder erfordern die Errichtung hinlänglich hoher und starker Schranken gegen die kapitalistische Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte.

Im Widerspruch zu dieser Notwendigkeit steht die Tatsache, daß noch immer das Notgesetz gilt, welches bei Ausbruch des Krieges geschaffen, dem Reichskanzler die Befugnis einräumt, den bereits bestehenden gesetzlichen Schutz für Arbeiterinnen, Jugendliche und Kinder außer Kraft zu setzen.

Die tatsächlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeitenden heute schaffen, schreien geradezu nach einem erweiterten Schutz. Um so mehr wird deshalb der durch das Notgesetz geschaffene Zustand als schwer drückend und unhaltbar empfunden und seine Beseitigung herbeigesehnt.

Einer in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen allgemeinen Auffassung gibt deshalb die nachfolgende Petition Ausdruck, die Ende März von den Genossinnen Bieg und Hanna dem Reichstage eingereicht wurde:

Petition, betreffend Arbeiterinnen- und Jugendschutz.

Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende Bitte:

1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges

Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.

2. Um Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Groß Eisenindustrie, Bergbau, Erdarbeiten, Müllabfuhr und andere mehr) beschäftigten weiblichen Personen.

Begründung.

Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz vom 4. August 1914 erregte von vornherein Bedenken, die man aber zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so weniger, als auch in dem Ministererlaß vom 10. August als allgemeine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbesondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern nur in den dringendsten Notfällen gewährt werden sollten.

In Wahrheit hat die Erwerbsarbeit der Frauen, der Jugendlichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingedrungen, die ihnen bisher verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schlechthin schädlich sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutzbestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausgeübt werden können. Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Hüttenwerken und andere mehr.

Die Beschäftigung von Frauen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehenden Umfange ist auch nicht nach den ursprünglichen Intentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefällen beschränkt geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Viele tausende Frauen und jugendliche Personen beiderlei Geschlechts leisten in sehr erheblichem Umfange Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Diese Ueberbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der außerordentlichen Teuerung und der Knappheit vieler Lebensmittel ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bedrückt sind, und für die Entwicklung der nachfolgenden Generationen, die unter solch ungünstigen Verhältnissen getragen und geboren sind. Wir fügen einige ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der betreffende Zustand leider auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestigten jugendlichen Arbeiter geführt hat.

Und schließlich sei noch erwähnt, daß die dauernde Uebermüdung, die zur Entkräftigung und Gesundheitsschädigung führt, den Eintritt der Invaldität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Charakterentwicklung der Jugend sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund: durch Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschutzgesetze eine Stockung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch nicht mehr geltend gemacht werden. Das

„Reichsarbeitsblatt“ vom Februar 1916 meldet vielmehr, das für 163 weibliche Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitsuchenden Frauen von 10700 auf 14200, die der offenen Stellen für sie jedoch nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Berichte sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einsendungen machen: der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der ostpreussische Verband, der polensche, die Hamburger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das Württembergische Staatslandesamt und der Verband westfälischer Arbeitsnachweise. Nach dem Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen. Aber auch die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg in Berlin im Januar von 11700 auf 16100 und die der offenen Stellen nur von 11350 auf 13400.

In dem schon erwähnten Ministererlaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitsgelegenheit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde.“ Durch die Ueberarbeit der Beschäftigten ist nurmehr die Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Männer und Frauen eingetreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Beseitigung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine segensreiche sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen, mindestens in der Schwerindustrie, würde Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß im Interesse der Arbeitenden und im Interesse der Volksgesundheit ihre Worte Beachtung finden und ihre Bitte erfüllt wird.

Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands:
Luise Zieg.

Für das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:
Bertrud Hanna.

Die angefügten ärztlichen Gutachten mußten wir aus Raummangel weglassen. Unsere Leser finden sie in der von der Genossin Zieg verfaßten Broschüre: „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher“, die in der Vorwärts-Buchhandlung erschienen und in allen Partei-Buchhandlungen zu haben ist.

In erster Linie ist es Sache der politisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen, im Rahmen der Gesamtbewegung für die Durchsetzung obiger Forderungen zu wirken.

Sie bleiben die Alten.

Ende März fand in Berlin eine Vorstandssitzung des „Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie“ statt, um der tags darauf folgenden Tagung der „Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung“ Stellung zu nehmen.

Nachdem festgestellt worden war, daß im Jahre 1915 Forderungen für Streikschäden an die Zentrale nicht gestellt worden seien, wurde mitgeteilt, daß dem Hauptausschuß für nationale Arbeiter- und Berufsvereine (das sind die gelben Gewerkschaften) ein Unterstützungsbeitrag bewilligt werden solle.

Hieran knüpften sich so interessante Ausführungen, daß sich auch die weitere Öffentlichkeit dafür interessieren dürfte.

Der Vorsitzende gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn diese Frage auch mehr für größere einheitliche Industriebezirke und weniger für die Textilindustrie Interesse habe, man sich doch wegen einer Unterstützung der im Interesse der Unternehmer liegenden Bewegung für die Bewilligung aussprechen müsse. Er gab mit dieser seiner Meinung auch die Unterstützung der Arbeitgeber an. Mehrere Redner verbreiten sich dann über das gegenwärtige Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeiterorganisationen. Einer der Redner führte aus:

Die Streikgewerkschaften, vor allem die von ihnen geschaffenen Einrichtungen, befinden sich in einer notleidenden Lage. In dem — sich der Gegensatz in den freien Gewerkschaften gegenüber der sozialdemokratischen Partei erheblich verschärft. Die Verhältnisse legen den Gedanken nahe, ob vielleicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die Vertretung der

allgemeinen wirtschaftlichen Interessen gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wahrzunehmen, gegenüber dem derzeitigen ungesunden Zustande, wirtschaftliche Fragen parteipolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Schaffung eines Wirtschaftsparlaments, das wirtschaftliche Fragen auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden muß, erachte er als ein dringendes Erfordernis. Vielleicht in Form einer besonderen Kammer für wirtschaftliche Fragen im Reichstag. Der jetzige Zeitpunkt sei geeignet, den Gedanken des Zusammengehens mit der organisierten Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, näher zu treten, jedoch in äußerst vorläufiger Form. Diese Aufgabe müsse der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zufallen.

Das lasse sich nur durchsetzen, sagte ein anderer Redner, wenn die Streikgewerkschaften von dem Grundgedanken ihres Kampfes gegen die Arbeitgeber abgehen. Das stehe von der Hand nicht zu erwarten. Um in der Arbeiterschaft immer mehr das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Wert und Arbeiterschaft zu stärken, sei es zweckmäßig, die werksfreundlichen Gewerkschaften, die diesen Zweck zu erreichen streben, zu unterstützen.

Ein anderer Teilnehmer mahnte zu großer Vorsicht, wenn mit den Gewerkschaften Fühlung genommen werden sollte. Die Gewerkschaften würden zunächst ihre grundsätzlichen Forderungen stellen: Tarifverträge, Arbeitsämter. Falls hierin Zugeständnisse gemacht würden, sei es nachher schwierig, hier von abzukommen, gleichgiltig, ob das Zusammenarbeiten wirtschaftlichen Fragen Erfolge aufzuweisen habe oder nicht.

Ein Redner aus Sachsen beschwert sich darüber, daß die sächsische Regierung die Gewerkschaften zur Mitarbeit heranziehe, ohne daß eine Notwendigkeit vorliege.

Zum Punkt „Reichsvereinsgesetz“ wurde festgestellt, daß alle Unterverbände in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungen einheitlich seien.

Wenn wir die Auslassungen — die beliebig vermehrt werden könnten — betrachten, finden wir, daß die Kriegszeit mit ihren mannigfaltigen Begleiterscheinungen an der grundsätzlichen Stellung der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen durchaus nichts geändert hat. Sie sind nach wie vor entschlossen, die gelben Vereine zu unterstützen und damit die Gewerkschaften zu bekämpfen. Wenn es nach ihrem Willen ginge, dürfte auch an den reaktionärsten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes nicht das geringste geändert werden. Die Mahnungen zur Vorsicht bei dem Verkehr mit den Gewerkschaften werden auch bei diesen die größte Beachtung finden.

Diese Unternehmerauslassungen zeigen mit der größten Deutlichkeit, daß an dem ganzen Gerede: Die Gewerkschaften haben den Unternehmern gegenüber ihre grundsätzliche Stellung aufgegeben, auch nicht das geringste wahr ist. Im Gegenteil werden die Gewerkschaften nach dem Kriege unbeirrt ihren vorherigen Weg weitergehen — ohne sich von rechts oder links abdrängen zu lassen — und die ihren anvertrauten Interessen auch in Zukunft in der energischsten Weise wahrzunehmen.

Hus unserem Berufe

Tirschenreuth. Es wird uns berichtet, daß die Direktion der Porzellanfabrik auf Ersuchen des Arbeiterausschusses allen Arbeitern der Fabrik eine Teuerungszulage bewilligt hat. Dieselbe gilt bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse. Die Arbeiterschaft erkennt gern an, daß die Direktion während der Kriegszeit schon bedeutende Aufwendungen gemacht hat in Betätigung der Kriegsfürsorge für ihre Arbeiter. Die Gewährung einer Teuerungszulage reiht sich den bisherigen Maßnahmen der Direktion würdig an und wird von der Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit angenehm empfunden.

Hus anderen Verbänden

Der Töpferverband im Jahre 1915. Der soeben herausgegebene Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes des Töpferverbandes zeigt das in fast allen Verbänden gleiche typische Bild: einen starken Mitgliederrückgang. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte der Verband 10337 Mitglieder. Auf vielen

auten und vor allem in fast allen Ofenfabriken wurde im August 1914 der Betrieb eingestellt. Die Töpfer mußten sehen, von in andern Betrieben unterzukommen, dies gelang nach und nach den meisten, sie fanden in Kriegsbetrieben Unterkunft. Immerhin hatte der Verband im ganzen Jahre und bis heute mit einem gewissen Prozentsatz arbeitsloser Mitglieder zu kämpfen.

Der durch den Berufswechsel gelockerte Zusammenhalt hatte eine unerwünschte Mitgliederflucht zur Folge. Ueber die Hälfte der Mitglieder (5357) war am Jahresluß 1915 zum Kriegsdienst eingezogen, 2046 Mitglieder hatten bis dahin dem Verbands den Rücken gekehrt, so daß mit Neueintritten am Schluß des Jahres nur noch 3440 Mitglieder vorhanden waren. Ein besonders starker weiterer Rückgang dürfte nun nicht mehr zu erwarten sein, die noch vorhandenen Mitglieder halten fest und bilden den Stamm zum Wiederaufbau des Verbandes nach Friedensschluß.

Die Finanzen des Verbandes sind zufriedenstellend. Durch den Mitgliederrückgang sind zwar die Einnahmen erheblich gesunken, jedoch ist das gleiche bei den Ausgaben der Fall. Im kurzen Vergleich, bei dem wir die entsprechenden Summen des Vorjahres in Klammern beifügen, mögen dies illustrieren: Die Gesamteinnahme der Hauptklasse im Jahre 1915 betrug 34173 (257 699) M., die Gesamtausgaben betragen 148 924 (208 606) M. Hervorzuheben wäre hierbei für Arbeitslosenunterstützung 16 201 (76 294) M., für Krankenunterstützung 6743 (40 333) M. Für Notunterstützung, Unterstützung der Kriegerfrauen usw. wurden im Berichtsjahr 38 600 verausgabt, davon erhielten die Familien der Kriegsteilnehmer 28 575 M. Die Sterbeunterstützung erforderte 5590 M. Fast ein Drittel aller Verstorbenen ist an Lungenleiden verstorben.

Der Gesamtkassenbestand des Verbandes ist im Berichtsjahr 1915 nicht wesentlich zurückgegangen. Er betrug am Jahresluß 1914: 337 623 M., am Schluß des Jahres 1915: 221 15 M. Dies bietet die Gewähr, daß der Verband den Krieg mit Leichtigkeit überdauern und nach Friedensschluß in der Lage sein wird, den dann an ihn herantretenden erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können.

Während die Konjunktur in den Ofenfabriken und auf Bauten aus den hinreichend bekannten Gründen fast alles zu wünschen übrig gelassen hat, war sie in den Steinzeug- und Scheibentöpfereibetrieben sehr flott. Fast überall erreichen die Töpfer in diesen Fabriken bei voller Beschäftigung Teuerungszulagen bis zu 15 Proz. Neuerdings zeigt sich auch in den Ofenfabriken eine etwas belebtere Industrietätigkeit, jedoch kann sie bei weitem noch nicht gut genannt werden. Trotzdem mangelt es hier schon stellenweise an Arbeitskräften.

Der Wiederaufbau Ostpreußens stockt, erst im Hochsommer dürfte es dort zu lebhafterer Bautätigkeit kommen, was für die Ofenseher und Ofenformer sehr zu wünschen wäre. Trotz mißlicher Lage haben aber auch die Unternehmer in den Ofenfabriken und die Ofensehmeister in letzterer Zeit in einer stattlichen Anzahl Orte Teuerungszulagen bis zu 15 Proz. bewilligt.

Für die Provinz Ostpreußen wurde ein Einheitstarif geschaffen, wobei der bisher höchste Tarif dieses Gebiets, der Königsberger, als Grundlage diente. Außer mancherlei Verbesserungen erhielt dieser Tarif einen Aufschlag von 15 Proz. Auch ein paritätischer Arbeitsnachweis für Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg wurde geschaffen. Seine Tätigkeit war angesichts der zögernden Bautonjunktur bisher minimal, zurzeit stehen 154 arbeitslose Ofenseher aus allen Teilen Deutschlands in diesen Nachweis als Arbeitsuchende eingezeichnet.

Im Felde gefallen bzw. im Lazarett verstorben waren am Jahresluß 1915: 430 Verbandsmitglieder. Zurzeit der Niederschrift dieser Zeilen sind dem Verbandsvorstand 454 Mitglieder gemeldet, die gefallen oder in Lazaretten verstorben sind. Eine respektable Zahl angesichts der insgesamt Einberufenen, deren Gesamtzahl am Jahresluß 5357 betrug! Hoffentlich nimmt der Krieg bald ein Ende, dann können alle Verbände, und mit ihnen der Töpferverband, ihre ursprüngliche und jetzt so wichtige Kulturaktivität wieder in vollem Umfange aufnehmen.

Der Buchdruckerverband im Jahre 1915. Während des Kriegsjahres war die Verbandsleitung des Buchdruckerverbandes stets bemüht, den durch den Krieg hervorgerufenen gewerblichen Schwierigkeiten mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzuwirken, und darum, daß die tariflichen Errungenschaften nicht gefährdet würden. Nach dem jetzt vorliegenden Mitgliedschaftsbericht, der sich auf die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 erstreckt, wurden zur Durchführung der

Unterstützung der Familien eingezogener Mitglieder den Gauen 290 000 M. aus der Verbandskasse überwiesen. Aus den Gau- und Ortstassen wurden bis zum 31. Dezember 1915 1 006 135 M. an Familienunterstützung gezahlt. Die Mitgliederzahl des Buchdruckerverbandes sank von 48 138 am 1. Januar 1915 bis zum Jahresluß auf 30 907. Die Einnahme aus ordentlichen Beiträgen betrug im Berichtsjahr 2 265 412 M. (gegen 3 249 734 M. im Jahre 1914 und 3 892 003 M. im Jahre 1913). Die Extrasteuern erbrachten außerdem noch 212 410 M. Unter den sonstigen Einnahmen befindet sich u. a. eine Spende der deutsch-amerikanischen Buchdrucker an ihre deutschen Berufsgenossen in Höhe von 2279,70 M., ein Beweis praktischer Internationalität!

Ueber die Arbeitslosigkeit und den Krankenstand der organisierten Buchdrucker im verfloßenen Jahr enthält der Bericht des Verbandsvorstandes folgende Angaben: Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise betrug 562 308 (1914: 2 542 016, 1913: 1 350 836), die Zahl der Krankentage 340 588 (1914: 702 467, 1913: 711 763). Nach dem Durchschnittsmittgliederstande berechnet (37 797) ergibt sich, daß im Jahre 1915 im Durchschnitt 1546 Mitgliedern oder 4,18 Proz. sämtlicher Verbandsmitglieder Arbeitsgelegenheit fehlte und daß 933 Mitglieder oder 2,57 Proz. sämtlicher Verbandsmitglieder das ganze Jahr hindurch krank waren. Auf jeden organisierten Buchdrucker berechnet kamen demnach im Jahr 1915: 14,87 Tage Arbeitslosigkeit und 9 Tage Krankheit.

Die Ausgaben betragen für Arbeitslosenunterstützung einschließlich Gemäßregelungenunterstützung 428 565 M., für Umzugsunterstützung 22 574 M., für Krankenunterstützung 292 051 M., für Invalidenunterstützung 484 690 M., für Sterbegeld 99 731 M., für Unterstützung in besonderen Notfällen 12 118 M. In diesen Summen sind die Zuschüsse aus den Nebentassen des Verbandes jedoch nicht enthalten. Das Verbandsvermögen bezifferte sich trotz der die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen gewaltig übersteigenden Ausgaben am 31. März 1915 auf 11 105 504 M. In diese Summe nicht eingerechnet sind die teils erheblichen Vermögensbestände in den Gauen und Mitgliedschaften des Buchdruckerverbandes, dessen festes Gefüge die Stürme des Weltkrieges nicht zu erschüttern vermochten.

Der Vorstand gedenkt in ehrenden Worten der weit über 3000 braven Mitglieder, die bis jetzt bereits ihr Leben für die Verteidigung des Vaterlandes lassen mußten. Fast 42 000 von rund 70 000 Verbandsmitgliedern stehen unter den Waffen. Um so berechtigter ist die Genugtuung darüber, daß der Verband in dieser schweren Zeit nicht versagte. Ueber sechs Millionen Mark wurden in einem Jahre für Unterstützungszwecke verausgabt, ohne die Organisation in ihrem finanziellen Bestande zu erschüttern. Außerdem wurden von den arbeitenden Berufsgenossen die Familien der eingezogenen Kollegen durch tatkräftige Solidaritätsbezeugung unterstützt.

Literarisches

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 17 des 26. Jahrgangs zugegangen. — Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „**Wahren Jakob**“ ist die 10. Nummer des 33. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 6. Heft vom 2. Band des 84. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von Mk 3,90 pro Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die **Glocke**, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Barvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., München). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährig M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„**Dokumente zum Weltkrieg**“. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Das 14. Heft dieser Sammlung: „Das deutsche Weißbuch“ 2. Teil liegt nunmehr vor. Preis 60 Pf.

„**Ellab-Lothringen und die Sozialdemokratie**“. Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pf. Vereinsausgabe 40 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin G. W. 88.

Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht pro I. und II. Quartal 1915/16.

Einnahme.

Kassenbestand vom IV. Quartal 1914/15 . . .	M.	22 347,41
Zinsen	"	896,79
Beiträge	"	7,90
Kapitalverkehr	"	1 248,80
Summa	M.	24 500,40

Ausgabe.

Krankengeld	M.	705,75
Sterbegeld	"	210,—
Kapitalverkehr	"	1 249,13
Verwaltung der Zahlstellen	"	7,86
Verwaltung der Hauptkasse	"	176,14
Außerordentliche Ausgabe	"	4,50
Kassenbestand	"	22 147,52
Summa	M.	24 500,40

Vermögensnachweis.

Sparbüch Nr. B 101	M.	20 538,40
832	"	1 952,70
Aushilfe aus den Zahlstellen	"	140,—
Barbestand	"	116,42
Summa	M.	22 147,52

Mitglieder 378, davon 154 im Felde.

Herm. Schubert, Kassierer.

Uersammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht

Ellerwerda. Sonnabend, 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Winterberg.
Magdeburg. Sonnabend, 3. Juni, bei Harnack, Schmidstr. 58.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Otto Melde, Maler, geboren am 14. September 1892 in Gießow bei Frankfurt a. d. Oder, gefallen in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. d. Oder.

Franz Klement, Maler, geboren am 28. Februar 1889 in Tepliz (Böhmen), am 17. Februar d. J. in serbischer Gefangenschaft verstorben. R. gehörte bis zu seiner Einberufung zum Heere der inzwischen aufgelösten Zahlstelle Karlsruhe an.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Eilenberg. Friederike Schumann, Malerin, geboren am 12. Dezember 1879 in Fürstenberg a. d. Weiser, gestorben am 18. Mai an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 23 Wochen. Mitglied seit 1912.

Selb. Nicol. Rauh, Bader, geboren am 4. Oktober 1874 in Woschendorf, gestorben am 14. Mai an Lungenentzündung. Krankheitsdauer 4 Tage. Mitglied seit 1909.

Tiefenfurt. Eugen Brunow, Maler, geboren am 13. Dezember 1855 in Weißwasser (D.-L.), gestorben am 13. Mai an Rippenfell- und Lungenentzündung. Krankheitsdauer 4 Wochen. Mitglied seit 1910.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Colditz.

Donnerstag, 1. Juni (Himmelfahrtstag):

Spaziergang

nach der „Kinnmühl“ Treffpunkt morgens 6 Uhr im Verkehrslokal „Wettiner Hof“ Die Verwaltung.

Nürnberg.

Sonntag, 3. Juni: Spaziergang, wozu alle Mitglieder der Zahlstelle herzlich eingeladen sind.

Treffpunkt: Samstag 2 Uhr im Restaurant „Waldlust“, Ullersbergerstraße. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung mit bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Tüchtiger Porzellanmaler

für Gebrauchs- und Luxusgeschirr, verheiratet, militärisch sucht dauernde Stellung. Gesl. Angebote unter „Gieser“ an Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Modellabgießer und Einrichter,

der auch das Formengießen mit übernimmt, sowie leichte Modelle anfertigen kann, in Porzellan, Steingut, Terrakotta u. Majolika gut eingearbeitet, sucht Stellung. Gesl. Offerten an Redaktion der „Ameise“ unter A. F. erbeten.

Tüchtiger Maler

der in allen vorkommenden Arbeiten selbständig ist und gute Erfahrung besitzt, sucht sofort oder später seine Stellung zu verändern. Gesl. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Chüringer Fabrik sucht per sofort

einige flotte Exportmaler

für Lüsterbänder, Rand- und Fonddekore, sowie einen tüchtigen Herographenprüfer.

Gesl. Angebote unter Chiffre C. 1 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geübte Dreher für Gebrauchsgeschirr

suchen zum sofortigen Eintritt

G. Riedel & Co., Porzellanfabrik, Laasdorf bei Roda (S.-H.).

Einige tüchtige

Eindreher und Garnierer

werden von einer bedeutenden rheinischen Steingutfabrik für Dauerbeschäftigung bei hohem Stücklohn eingestellt.

Angebote unter B. 10 an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Für Defen mit überschlagender Flamme (Unger & Wicht)

Erster Brenner

gelucht, welcher langjährige Erfahrungen in Toleranzfabriken nachweisen und tadellose Brände liefern kann. Bewerbungen von nur durchaus tüchtigen, erfahrenen und zuverlässigen langjährig erprobten Brennern erbeten unter Angabe bisheriger Stellungen, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen. Bei guter Leistungen Stellung sehr gut bezahlt und dauernd.

Porzellanfabrik Gustav Richter G. m. b. H. Charlottenburg-Berlin.

Preis der 2 gespaltenen Zeitzeile 20 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Kaufe auch alte künstl. Zähne u. Gebisse z. höchst. Preisen	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle		Edel-Metall-Schmelze Gegründet 1896
	 <p>Goldschmied kauft hohe schnelle Bed. Osterwethstrasse 32. Otto Seifert, Zwickau S.</p>		

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle in der Berggoldschmelze vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmiedere, goldb. Malrückstände usw.

kauf J. Köhler, Dresden-H., Gericht-Strasse 8 II. Beste Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kass.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22